

# Hallische Zeitung

im G. Schwetschke'schen Verlage.

(Hallischer Courier.)

Politisches und  
für Stadt



literarisches Blatt  
und Land.

In der Expedition der Hallischen Zeitung: G. Schwetschke'scher Verlage. — Redacteur Dr. Schadeberg.

Vierteljährlicher Abonnementspreis bei unmittelbarer Abnahme 1 Ebr. 6 Sgr., bei Bezug durch die Post 1 Ebr. 12 $\frac{1}{2}$  Sgr.  
Insertionsgebühren 1 Sgr. 6 Pf. für die dreispaltene Zeile gewöhnlicher Zeitungsschrift oder deren Raum.

N<sup>o</sup> 6.

Halle, Dienstag den 8. Januar  
Hierzu zwei Heilagen.

1867.

## Deutschland.

**Berlin, d. 6. Jan.** Die königlichen Herrschaften haben sich gestern vom königlichen Hofe verabschiedet und sind heute Morgen  $\frac{1}{8}$  Uhr zunächst zum Besuche des großherzoglichen Hofes nach Weimar abgereist. — Ueber die Rückkehr von Gotha nach Berlin ist vorläufig noch nichts bestimmt.

Es heißt, daß der König die Generale v. Manteuffel und von Göben aus eigener Schatulle dotiren werde.

Wie der „St.-Anz.“ meldet, traten die Bevollmächtigten der Regierungen des norddeutschen Bundes vorgestern Abend und gestern Mittag zu einer Berathung im Gebäude des königlichen Staats-Ministeriums zusammen.

Die Bevollmächtigten der Mitglieder des Norddeutschen Bundes befinden sich, wie die „Bör.-Ztg.“ erfährt, nicht in der ruhigsten Stimmung. Sie haben dem Grafen Bismarck vorgerechnet, daß das Militärbudget in der beabsichtigten Gestalt die gesammten Einnahmen der kleinen Staaten verschlingen würde, und sie deuten an, daß Preußen die Fürsten zur Abdikation zu drängen gewillt erscheine. Was speziell die sächsischen Fürsten der ernestinischen Linie angeht, so werden unter denselben Verhandlungen eigenhümlicher Art gepflogen. Sie sind zu einer Abtretung ihrer Länder an Preußen zur Zeit wenig geneigt, dagegen wird lebhaft das Projekt erörtert, die thüringischen Herzogthümer unter dem Großherzog von Weimar zu vereinigen, und sieht damit auch die Zusammenkunft der Fürsten in Meinungen in Verbindung. Wir schließen diesen aus guter Quelle stammenden Nachrichten die nachstehende Correspondenz der „Weser-Ztg.“ an: „Daß der Reichstag,“ wird in derselben gesagt, „in den Rahmen des im Großen und Ganzen konservativ gefärbten Verfassungsentwurfs aufgenommen ist, giebt Hrn. v. Bismarck eine scharfe Waffe in die Hand, um dem Widerstande der Regierungen die Spitze abzubrechen. Die Einzelsovereitäten können bei den Verhandlungen mit dem Reichstage nichts gewinnen, wohl aber noch mehr verlieren, als ihnen jetzt zugemuthet wird. Die Uebertragung der Exekutivgewalt an die Krone Preußen, die Bestellung eines Reichstages, wenn nur mit beschränkter Kompetenz, das sind zwei bedeutende Schritte auf dem Wege zum Einheitsstaat. Jeden hartnäckigen Widerstand gegen ihre Pläne wird und muß die preussische Regierung mit einer Appellation an den Reichstag, an das direkte allgemeine Stimmrecht beantworten. Wenn die konservative Partei heutzutage sich bereits mit dem Projekte des Hrn. v. Bismarck befreundet hat, so beweist das ihre patriotische Beschaffenheit; die liberale Partei agitirt selbstverständlich für unbeschränkte Kompetenz des Reichstages. Hr. v. Bismarck, zum Aeußersten getrieben, brauchte nur das Wort „Normalstat.“ zu sprechen, die Wählbarkeit von Beamten zuzulassen und die Matrikularbeiträge durch das Steuerbewilligungsrecht des Reichstages überflüssig zu machen, um eine Entwicklung der Dinge anzubahnen, welche den Norddeutschen Bund dem Einheitsstaate sehr nahe brächte und die Einzelsovereitäten im Bunde mit der partikularistischen und reaktionären Opposition zur Dummheit verdammt. Daß er es (noch) nicht gethan hat, ist ein Beweis dafür, daß Preußen nicht über die Bündnisverträge hinausgehen will, so lange die Einzelregierungen ihren Verpflichtungen nachkommen. Daß Bismarck den stillen Wunsch hegt, von dem Reichstage auf den oben angedeuteten Weg geführt zu werden, kann man bezweifeln; aber auch die bloße Möglichkeit mag in den Pflanzstädten des deutschen Partikularismus einen solchen Schrecken erregen, daß den „Verbündeten“ Preußens das, was ihnen der Entwurf jetzt bietet, als dankenswerthes Zugeständnis erscheinen muß. Ihnen bleibt nur die eine Hoffnung, durch schleunige Annahme der preussischen Vorschläge die Politik der Präsidialmacht auf dem in dem Entwurf eingeschlagenen konservativen Pfade festzubalten und dieselbe dadurch zu verpflichten, auch dem Drängen des Reichstages Stand zu halten. An-

derensfalls würde die Geschichte von den sibyllinischen Büchern eine neue Auflage erhalten. Ob freilich mit Annahme des Entwurfes durch die Regierungen jede Weiterbildung desselben im Sinne der liberalen Partei ausgeschlossen ist, wäre eine andere Frage. Wenn wir vorurtheilslos das Verhältnis des preussischen Staates zu den übrigen 21 norddeutschen Staaten erwägen, so können wir uns der Vermuthung nicht entschlagen, daß der Versuch, neben und außerhalb des preussischen Abgeordnetenhauses eine neue gemeinsame Volksvertretung Norddeutschlands zu schaffen, unverträglich wäre mit einer Politik, welche die Mainlinie als die ständige Grenze des Möglichen betrachtete. Sind aber die Grundlinien des neuen Staates so gezogen, daß er, im gegebenen Momente, sich zum deutschen Staate entwickeln kann, so ist vorauszusetzen, daß die für den Augenblick festgehaltene Beschränkung der Kompetenz der gemeinsamen Vertretung bei der ins Auge gefaßten Krisis als Hinderniß des Gelingens erkannt und demnach beseitigt werden müsse.

Die „Pos.-Ztg.“ meldet betreffs der Parlamentswahlen als authentisch: „Infolge einer Declaration bez. Instruktion an die Kreislandräthe wird durch die Vorschrift im §. 13 des Reglements für die Reichstagswahlen (wonach der Stimmzettel mit dem Namen des Candidaten, dem der Wähler seine Stimme geben will, auszufüllen ist) die Art und Weise der Ausfüllung gänzlich in das Ermessen jedes Einzelnen gestellt, also auch die Anwendung gedruckter Stimmzettel gestattet.“

Der „Wes.-Ztg.“ wird geschrieben: „Die „Nordd. Allg. Ztg.“ theilt officiös mit, die preussische Regierung habe die Mitglieder des Norddeutschen Bundes von ihrem Entschlusse in Kenntniß gesetzt, das Parlament zum 15. Februar einzuberufen. Diese Angabe widerspricht aber der folgenden, die Auslegung der Wahllisten solle am 15. Januar beginnen. Nach dem Wahlreglement müssen die Listen vier Wochen ausliegen, folglich können die Wahlen frühestens am 12. Februar Statt finden. Der 15. Februar wird also nicht der Termin zur Einberufung des Reichstages, sondern der Wahltag sein.“

Die Commission des Herrenhauses zur Vorberathung des Gesetzentwurfes, betreffend die Abänderung des Art. 69 der Verfassungs-Urkunde und des Art. 1 des Gesetzes vom 30. April 1851, sowie diejenigen Abänderungen der Verordnung über die Wahl der Abgeordneten vom 30. Mai 1849, welche beaufs Anwendung derselben in den mit der preussischen Monarchie neu vereinigten Landestheilen erforderlich werden, hat am 4. und 5. Januar eine lange andauernde Sitzung gehabt. Referent der Commission war der Präsident v. Kleff-Rohow. Wie man hört, hatte derselbe mehre Abänderungs- und Amendirungs-Vorschläge für das Gesetz gemacht, welche zum Theil angenommen sein sollen. Die Berathungen der Commission sind am 5. Januar nach sehr lebhafter Discussion zu Ende gekommen. Am nächsten Dienstag soll der Bericht vorgelesen werden, und wird, da dieser Gegenstand in der nächsten Plenar-Sitzung zur Berathung kommen soll, dieselbe erst für die letzten Tage der nächsten Woche anberaumt werden.

Die Plenarsitzungen des Abgeordnetenhauses beginnen Montag um 12 Uhr mit einer überaus reichen Tagesordnung, auf der die Novelle zum Invalidengesetz voransteht. Auch die bürgerliche Gleichstellung der Juden, welcher die Petitions-Commission in interessanter Weise das Wort redet, wird das Haus beschäftigen.

Der Abgeordnete Waldeck hat in Folge einer wiederholten Gesichtskröte auf dem rechten Auge das Sehevermögen eingebüßt und wird wohl noch mehrere Wochen das Zimmer hüten müssen. Außer seinem Hausarzte behandelt ihn jetzt der Geh. Rath Prof. v. Graefe. Wenn Herr Waldeck auch an den Sitzungen des Abgeordneten-Hauses in dieser Session nicht mehr Theil nehmen können, so hat er sich doch bereit erklärt, ein Mandat zum norddeutschen Parlament anzunehmen.

Das Ober-Präsidium in Pommern ist jetzt dem Regierungs-Präsidenten Herrn v. Münchhausen übertragen worden.



















# Hallische Zeitung

im G. Schwetschke'schen Verlage.

(Hallischer Courier.)

Politisches und  
für Stadt



literarisches Blatt  
und Land.

In der Expedition der Hallischen Zeitung: G. Schwetschke'scher Verlag. — Redacteur Dr. Schadeberg.

Vierteljährlicher Abonnementspreis bei unmittelsbarer Abnahme 1 Ebr. 6 Sgr., bei Bezug durch die Post 1 Ebr. 12 $\frac{1}{2}$  Sgr.  
Insertionsgebühren 1 Sgr. 6 Pf. für die dreispaltige Zeile gewöhnlicher Zeitungsschrift oder deren Raum.

N<sup>o</sup> 6.

Halle, Dienstag den 8. Januar  
Hierzu zwei Heilagen.

1867.

## Deutschland.

**Berlin, d. 6. Jan.** Die kronprinzlichen Herrschaften haben sich gestern vom königlichen Hofe verabschiedet und sind heute Morgen 1 $\frac{1}{8}$  Uhr zunächst zum Besuche des großherzoglichen Hofes nach Weimar abgereist. — Ueber die Rückkehr von Gotha nach Berlin ist vorläufig noch nichts bestimmtes.

Es heißt, daß der König die Generale v. Manteuffel und von Göben aus eigener Schatulle dotiren werde.

Wie der „St.-Anz.“ meldet, traten die Bevollmächtigten der Regierungen des norddeutschen Bundes vorgestern Abend und gestern Mittag zu einer Berathung im Gebäude des königlichen Staats-Ministeriums zusammen.

Die Bevollmächtigten der Mitglieder des Norddeutschen Bundes befinden sich, wie die „Bör.-Ztg.“ erfährt, nicht in der rosigsten Stimmung. Sie haben dem Grafen Bismarck vorgerechnet, daß das Militärbudget in der beabsichtigten Gestalt die gesammten Einnahmen der kleinen Staaten verschlingen würde, und sie deuten an, daß Preußen die Fürsten zur Abdikation zu drängen gewillt erscheine. Was bezüglich die sächsischen Fürsten der ernestinischen Linie angeht, so werden unter denselben Verhandlungen eigenthümlicher Art gepflogen. Sie sind zu einer Abtretung ihrer Länder an Preußen zur Zeit wenig geneigt, dagegen wird lebhaft das Projekt erörtert, die thüringischen Herzogthümer unter dem Großherzog von Weimar zu vereinigen, und steht damit auch die Zusammenkunft der Fürsten in Weiningen in Verbindung. Wir schließen diesen aus guter Quelle stammenden Nachrichten die nachstehende Correspondenz der „Befrei.-Ztg.“ an: „Daß der Reichstag, wird in derselben gesagt, „in den Rahmen des im Großen und Ganzen konservativ gefärbten Verfassungsentwurfs aufgenommen ist, giebt Hrn. v. Bismarck eine scharfe Waffe in die Hand, um dem Widerstande der Regierungen die Spitze abzubrechen. Die Einzelsovereänitäten können bei den Verhandlungen mit dem Reichstage nichts gewinnen, wohl aber noch mehr verlieren, als ihnen jetzt zugemuthet wird. Die Uebertragung der Exekutivgewalt an die Krone Preußen, die Bestellung eines Reichstages, wenn nur mit beschränkter Kompetenz, das sind zwei bedeutende Schritte auf dem Wege zum Einheitsstaat. Jeden hartnäckigen Widerstand gegen ihre Pläne wird und muß die preussische Regierung mit einer Appellation an den Reichstag, an das direkte allgemeine Stimmrecht beantworten. Wenn die konservative Partei heutzutage sich bereits mit dem Projekte des Hrn. v. Bismarck befreundet hat, so beweist das ihre patriotische Bescheidenheit; die liberale Partei agitirt selbstverständlich für unbeschränkte Kompetenz des Reichstages. Hr. v. Bismarck, zum Aeußersten getrieben, brauchte nur das Wort „Normaletat“ zu streichen, die Wählbarkeit von Beamten zuzulassen und die Matrifikularbeiträge durch das Steuerbewilligungsrecht des Reichstages überflüssig zu machen, um eine Entwicklung der Dinge anzubahnen, welche den Norddeutschen Bund dem Einheitsstaate sehr nahe brächte und die Einzelsovereänitäten im Bunde mit der partikuläraristischn und reaktionären Opposition zur Dohnmacht verdammt. Daß er es (noch) nicht gethan hat, ist ein Beweis dafür, daß Preußen nicht über die Bündnisverträge hinausgehen will, so lange die Einzelregierungen ihren Verpflichtungen nachkommen. Ob Bismarck den stillen Wunsch hegt, von dem Reichstage auf den oben angegebenen Weg geführt zu werden, kann man bezweifeln; aber auch die bloße Möglichkeit mag in den Pflanzstätten des deutschen Partikulärismus einen solchen Schrecken erregen, daß den „Verbündeten“ Preußens das, was ihnen der Entwurf jetzt bietet, als dankenswerthes Zugeständnis erscheinen muß. Ihnen bleibt nur die eine Hoffnung, durch schleunige Annahme der preussischen Vorschläge die Politik der Präsidialmacht auf dem in dem Entwurf eingeschlagenen konservativen Pfade festzuhalten und dieselbe dadurch zu verpflichten, auch dem Drängen des Reichstages Stand zu halten. An-



den eine neue  
fes durch die  
beralen Partei  
vorrurtheilslos  
21 norddeut-  
ung nicht ent-  
ußischen Abge-  
orddeutschlands  
die Mainlinie  
ber die Grund-  
nen Momente,  
szufegen, daß  
Kompetenz der  
is als Hinder-  
müsse.  
en als authen-  
Kreislandräthe  
die Reichstags-  
andidaten, dem  
die Art und  
zelnem gestellt,  
gestaltet.  
lg. Ztg.“ theilt  
des Norddeut-  
das Parlament  
richt aber der  
uar beginnen.  
ausleistung, folg-  
t finden. Der  
ng des Reichs-

thung des Ge-  
der Verfas-  
d. April 1851,  
Wahl der Ab-  
geordneten vom 30. Mai 1849, welche bejahend Anwendung derselben in den mit der preussischen Monarchie neu vereinigten Landestheilen erforderlich werden, hat am 4. und 5. Januar eine lange andauernde Sitzung gehabt. Referent der Commission war der Präsident v. Klei f.-Reh om. Wie man hört, hatte derselbe mehre Abänderungs- und Amendirungs-Vorschläge für das Gesetz gemacht, welche zum Theil angenommen sein sollen. Die Berathungen der Commission sind am 5. Januar nach sehr lebhafter Discussion zu Ende gekommen. Am nächsten Dienstag soll der Bericht verlesen werden, und wird, da dieser Gegenstand in der nächsten Plenar-Sitzung zur Berathung kommen soll, dieselbe erst für die letzten Tage der nächsten Woche anberaunt werden.

Die Plenarsitzungen des Abgeordnetenhanfes beginnen Montag um 12 Uhr mit einer überaus reichen Tagesordnung, auf der die Novelle zum Invalidengesetz voransteht. Auch die bürgerliche Gleichstellung der Juden, welcher die Petitions-Commission in interessanter Weise das Wort redet, wird das Haus beschäftigen.

Der Abgeordnete Waldeck hat in Folge einer wiederholten Gesichtsstörung auf dem rechten Auge das Sehvermögen eingebüßt und wird wohl noch mehrere Wochen das Zimmer hüten müssen. Außer seinem Hausarzte behandelt ihn jetzt der Geh. Rath Prof. v. Graefe. Wenn Herr Waldeck auch an den Sitzungen des Abgeordneten-Hauses in dieser Session nicht mehr Theil nehmen können, so hat er sich doch bereit erklärt, ein Mandat zum norddeutschen Parlament anzunehmen.

Das Ober-Präsidium in Pommern ist jetzt dem Regierungs-Präsidenten Febrn. v. M ü c h h a u s e n übertragen worden.

